



Zur Situation in der Ukraine

Minden, 5. März 2014

Mit großer Besorgnis beobachten wir die Entwicklungen in der Ukraine und die Art und Weise, wie derzeit von bestimmten Medien und PolitikerInnen ein Revival des Ost-West-Konflikts geschürt wird.

Wieder einmal wird die Welt in „gut“ und „böse“ geteilt, wobei als die „Guten“ die aufständischen UkrainerInnen ausgemacht werden, die für Demokratie und die Assoziierung an die Europäische Union auf die Straße gegangen sind. Und die „Bösen“ sind einmal wieder „die Russen“, die diesen Prozess mit Gewalt zu stoppen suchen und drohen, militärisch in der Ukraine zu intervenieren. Beides ist nicht falsch, und doch ist das Bild viel komplexer. In der Tat: Viele der Protestierenden in der Ukraine haben auf dem Maidan demonstriert, weil sie die Korruption und Willkürherrschaft der Regierung Janukowitsch satt hatten. Sie sahen oder sehen sich auch nur teilweise von den oppositionellen Parteien repräsentiert – ein starkes Element des Protests der letzten Wochen war das Misstrauen gegen alle Parteien und PolitikerInnen. Aber mit der wachsenden Militanz des Protests – oder besser: der Abdrängung derjenigen, die auf gewaltlose Mittel gesetzt hatten, in die Rolle von UnterstützerInnen schwerbewaffneter Milizen mit Lebensmitteln und Sanitätsdiensten – ging die Stärkung der Rolle faschistischer, russenfeindlicher und antisemitischer Gruppen einher. Der gemeinsame Nenner, Janukowitsch zu stürzen, wäre vermutlich inzwischen schon zerbrochen, wenn nicht die Bedrohung durch Russland die Reihen anscheinend weiter zusammenschweißen würde. Jetzt mobilisiert die Ukraine ihre Reservisten und Ex-Ministerpräsidentin Timoschenko droht Russland mit einem militärischen Eingreifen der NATO. Dass diese Drohung keine Basis in der Realität hat, weiß sie wahrscheinlich auch, aber es spiegelt die aufgeheizte und gewaltbereite Stimmung in der Ukraine gut wieder.

Auf der anderen Seite ist die russische Rhetorik genauso auf Konfrontation gerichtet, und Russland lässt seinen Erklärungen, „seine BürgerInnen im Ausland schützen zu müssen“, auch schon Taten folgen. Medienberichten zufolge wird die Zahl der Truppen in den russischen Stützpunkten auf der Krim verstärkt. Spekulationen über einen möglichen Einmarsch Russlands in die Ostukraine und eine Abspaltung der Krim machen in östlichen wie westlichen Medien die Runde und basieren angeblich auf schon zuvor entwickelten Plänen. Die Erinnerung an die Konflikte in Georgien werden wach, wo mit Hilfe russischer Truppen zwei Minderheitengebiete, Südossetien und Abchasien, de facto von Georgien gegen dessen militärischen Widerstand abgetrennt wurden.

Die jetzt von Seiten der USA verhängten Sanktionen gegen Russland tragen ebenso zu einer Verschärfung der Lage bei, denn sie drücken eine eindeutige Positionierung der USA in dem Konflikt aus – Russland wird die alleinige Schuld gegeben.

Das national-ethnische Gesicht des Konflikts

Die Ukraine ist ein multiethnischer Staat aus Menschen, die sich in Volkszählungen (zuletzt 2001) als UkrainerInnen (77,8%), RussInnen (17,3 %), KrimtartarInnen oder Angehörige vieler anderer kleiner Nationalitäten und Ethnien bezeichneten. Russisch ist in weiten Gebieten die allgemeine Verständigungssprache (laut Wikipedia für 77,7 % der Bevölkerung die Muttersprache). Die Ukraine hat eine wechselvolle Geschichte schon seit vor der Gründung der Sowjetunion hinter sich, bei der Teile des Landes zu Österreich-Ungarn, andere Teile (u.a. die Krim) zu Russland gehörten. Und auch die Stalinzeit mit ihren Untaten ist in der ukrainischen Erinnerung nicht verschwunden, sondern dient ukrainischen Nationalisten als anti-russisches Argument. Bislang war es dem multiethnischen Land gelungen, die Gegensätze zwischen seinem ukrainisch geprägten Westen und russisch geprägten Osten zumindest oberflächlich auszugleichen. Doch der Aufstand gegen Janukowitsch hatte ein deutlich anti-russisches Gesicht, und es gab lange Zeit neben den Anti-Regierungskundgebungen auch pro-Regierungs-Kundgebungen. Dass die sich Russland verbunden fühlende Bevölkerung in der Ukraine in Sorge geriet, als die neue Regierung in Kiew als eine ihrer ersten Amtshandlungen ein Gesetz auf den Weg brachte, das Ukrainisch zur einzigen Amtssprache machte, ist verständlich.

Konflikte dieser Art sind in vielen Ländern Osteuropas und dem Raum der ehemaligen Sowjetunion anzutreffen. Schnell werden Konflikte, egal was ihre eigentlichen Ursachen sind, in ethnisch-nationalen Kategorien erklärt und es wird entsprechend politisch mobilisiert. Wo versucht wurde, mit Gewalt Fakten zu schaffen, hat dies gewöhnlich zu Flucht und „ethnischen Säuberungen“ geführt. Ein Wechsel der Herrschaftsverhältnisse ist hier keine Lösung, sondern allein die behutsame Schaffung von Regierungsformen, die Minderheitenrechte stärken und ethnische Spannungen abbauen.

Das strategische und ökonomische Gesicht des Konflikts

Das Schwarze Meer hat Anlieger, die der NATO angehören (Türkei), Anlieger, die gerne Mitglieder würden (Georgien, jetzt vielleicht auch Ukraine), und Russland mit seinen Militärbasen auf der Krim, die auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte ist. Russlands Interesse an der Krim und daran, zu verhindern, dass Georgien oder Ukraine Mitglieder der NATO oder der EU werden, ist aus seinem strategischen, in alter Blocklogik verfangenen Denken zu verstehen. Dabei kann es sich auch noch auf alte Zusagen berufen, die die NATO 1990 gegenüber UdSSR-Präsident Gorbatschow gemacht hatte, dass der Einflussbereich der NATO nicht bis an die russischen Grenzen ausgeweitet würde. Der Ost-West-Konflikt hat den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ überlebt, und Russland agiert, besonders seit Putin an der Macht ist, trotz G8-Mitgliedschaft und strategischer Allianz mit der NATO, i.d.R. als Gegner des Westens – von Kosovo bis Syrien und jetzt in der Ukraine. Dass andererseits die EU in ihrem Umgang mit der Ukraine Fehler gemacht hat, wird inzwischen auch von PolitikerInnen zugegeben – man hätte die russischen Interessen mitdenken sollen, so Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, am 4.3. in SWR2.

Allerdings: Dass Russland Sorge um seine Marinebasis auf der Krim hat, ist aus realpolitischer Sicht im Grunde nichts anderes, als wenn Kuba oder Costa Rica Anstalten machen würden, die US-Militärbasen auf ihrem Territorium schließen zu wollen. Um nicht missverstanden zu werden: Aus pazifistischer Sicht ist keine Militärbasis oder Militärpräsenz in Drittstaaten wünschenswert, und diese Feststellung darf auch nicht als Rechtfertigung des russischen Konfrontationskurses missverstanden werden. Aber manche derjenigen, die jetzt Russland lauthals verurteilen, würden sich mit genauso lautem Geschrei auf die Seite der USA stellen, wäre Kuba so verrückt, die umstrittene Präsenz der USA auf seinem Territorium in Frage zu stellen.

Müssen wir es jetzt der Tatsache zuschreiben, dass sich hier die beiden Großmächte direkt gegenüberstehen, wenn die USA nicht mit einer Militärintervention in die Ukraine drohen, sondern lediglich Sanktionen verhängen? Zum Glück setzen einige europäische Regierungen im Westen – erfreulicherweise gehört die deutsche dazu – weiter auf Vermittlungsbemühungen und die Notwendigkeit, den Konflikt friedlich beizulegen.

Friedenslogik, angewendet auf die Ukraine

Im Sinne einer Friedenslogik anstelle einer Abschreckungs- oder Sicherheitslogik müssten alle Anstrengungen auf Deeskalation gerichtet werden. Im Westen heißt es dazu, dass „die meisten Vermittler“ in den vergangenen Wochen „verbraucht“ seien. Das trifft aber nur zu, wenn man an Russland als Adressaten denkt. Gerade weil sie sich als „pro-westlich“ definiert, hat der Westen durchaus noch Einflussmöglichkeiten auf die neue Führung in der Ukraine. Er sollte diesen Einfluss nutzen, um darauf zu drängen, dass die ukrainische Regierung

- die militärische Mobilisierung sofort beendet
- das umstrittene Gesetz zur Sprache zurücknimmt und das alte Gesetz wieder in Kraft setzt
- eine inklusive Übergangsregierung schafft, in der alle Regionen des Landes und alle politischen Strömungen angemessen vertreten sind
- die OSZE einlädt, sie bei der Schaffung oder, soweit nötig, Überarbeitung von Minoritätengesetzen zu unterstützen, die allen Volksgruppen in der Ukraine die gleichberechtigte Teilhabe am Gesamtstaat und – soweit gewünscht – Selbstbestimmung in den sie betreffenden Angelegenheiten garantiert
- einen Prozess aktiv fördert, der die Zukunft der Halbinsel Krim betrifft und deutlich macht, dass sie mit einem erweiterten Sonderstatus der Krim (die Krim ist bereits autonome Provinz) gegebenenfalls einverstanden wäre

An Russland sind ähnliche Vorschläge und Forderungen zu richten:

- Sofortige Beendigung aller militärischen Maßnahmen, die als Aggression gedeutet werden können

- Fortsetzung der gerade aufgenommenen bilateralen Gespräche mit der neuen ukrainischen Führung
- Kooperation mit internationalen Vermittlungsbemühungen. Die OSZE oder der Europarat bieten sich in erster Linie an, denn sie sind die Organisationen, in denen sowohl Russland wie die Ukraine Mitglieder sind.

Russland müsste davon überzeugt werden, dass es durch einen Militäreinsatz viel mehr zu verlieren als zu gewinnen hat und dass auch dem „vorgeblichen Schutz der Russen in der Ukraine“ durch ein solches Eingreifen ein Bärendienst geleistet würde. Die wahrscheinliche Folge wäre nicht, dass ethnische RussInnen in der Ukraine sicherer sind (außer dort, wo die russischen Truppen die Kontrolle übernehmen), sondern im Gegenteil, dass ein ethnischer Konflikt geschürt würde, der sehr leicht einmal mehr zu Vertreibungen und Flucht führen würde.

Eine weitere Chance zur Deeskalation könnte in der Entsendung einer zivilen Beobachtungsmission liegen - nach dem Vorbild der Kosovo Verification Mission wohl am besten von der OSZE entsandt. Dies sollte eine Mission mit größeren Zahlen, nicht nur die derzeit diskutierte kleine Zahl von BeobachterInnen sein.

Es sind in den letzten Jahren zunehmende Spannungen zwischen dem Westen und Russland zu beobachten. Nicht nur die Regierung Putin, sondern auch viele PolitikberaterInnen gerade in den USA bedienen sich inzwischen wieder der Begriffe und der Denkweise des Kalten Kriegs. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, die es zu stoppen gilt, bevor ein echter neuer Kalter Krieg beginnt, bei dem Schlimmeres scheinbar nur durch gegenseitige militärische Abschreckung verhindert wird. Ein Konzept gemeinsamer Sicherheit anstelle der gefährlichen Abschreckungslogik und der Mut, der anderen Seite Vertrauen entgegenzubringen, haben geholfen, den Kalten Krieg vor fast 30 Jahren zu beenden. Auch heute gilt: Sicherheit ist nichts, das durch Waffen erzielt werden kann. Sicherheit kann es nur geben, wenn die Menschen den ersten Schritt aufeinander zu machen – und sei es gegen den Willen ihrer Regierungen.

Christine Schweitzer, Geschäftsführerin im Bund für Soziale Verteidigung